



Sabine Weiss

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretende Vorsitzende der
CDU/CSU - Bundestagsfraktion

Sabine Weiss, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Herrn Hans-Jürgen Wernicke
Herrn Harald Peschel

Per E-Mail



Stefan Rouenhoff

Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin, 01.03.2018
Bezug:
Anlagen:

Sabine Weiss, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: JKH
Raum: 3.448
Telefon: +49 30 227-77720
Fax: +49 30 227-76720
sabine.weiss@bundestag.de

Stefan Rouenhoff, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: JKH
Raum: 6.431
Telefon: +49 30 227-79531
Fax: +49 30 227-70534
stefan.rouenhoff@bundestag.de

Sehr geehrter Herr Wernicke,
sehr geehrter Herr Peschel,

herzlichen Dank für Ihre E-Mail vom 27. Februar. Bei der Übergabe des Niederrheinischen Appells am 1. Juni 2017 durch die Bürgermeister, Landräte, Bürgerinitiativen sowie Mandatsträger aus den Kreisen Kleve und Wesel sowie der Stadt Oberhausen an den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesministerium für Verkehr und Infrastruktur (BMVI), Enak Ferlemann, wurden die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Betuwe vom BMVI aufgefordert, ihre Forderungen und Anliegen zu konkretisieren und aufzulisten.

Während der Erstellung der einzelnen Forderungskataloge durch die sieben Anrainerstädte der Betuwe-Linie hat Ihre Bürgerinitiative „Rettet den Eltenberg“ einen eigenen Forderungskatalog an den Bürgermeister der Stadt Emmerich, Herrn Peter Hinze, sowie an die Ratsfraktionen der Stadt übermittelt. Nach eingehender Prüfung hat die Stadt Emmerich schließlich die an sie herangetragenen und aus ihrer Sicht berechtigten und begründbaren Forderungen in einem eigenen Forderungskatalog zusammengefasst und am 19. Dezember 2017 im Rat verabschiedet. Am 20. Dezember 2017 haben die Betuwe-Kommunen ihre jeweiligen Forderungskataloge gebündelt an die Deutsche Bahn sowie zur Kenntnis an die betroffenen Abgeordneten aus Bundes- und Landtag übermittelt.

Für die weitere Entscheidungsfindung stellen aus unserer Sicht die jeweiligen Forderungskataloge der Betuwe-Kommunen vom 20. Dezember 2017 die Grundlage für Gespräche mit dem BMVI und der Bahn dar. Eine Absage an weitere Gespräche hat es von unserer Seite nie gegeben. Anlass zu weiteren Gesprächen mit Dritten ergibt sich aus unserer Sicht erst dann, wenn neue Aspekte und Anliegen vorliegen und diese von Seiten des Bürgermeisters Hinze, der Stadtverwaltung und letztendlich dem Rat der Stadt Emmerich als berechtigt und begründbar bewertet werden. Diese Herangehensweise ist das Ergebnis von

Gesprächen zwischen den Abgeordneten aus der Region, zu denen auch Frau Barbara Hendricks gehört. Dass Frau Hendricks im Gespräch mit Ihnen nun anderslautende Aussagen getroffen haben soll, ist für uns nicht nachvollziehbar.

Mit freundlichen Grüßen



Sabine Weiss, MdB



Stefan Rouenhoff, MdB